

Schienengüterverkehr retten – für Industrie, Resilienz und Klima

Rückblick auf unseren Parlamentarischen Abend



Datum

09. Oktober 2026

Der Industrie- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen steht vor gewaltigen infrastrukturellen Herausforderungen.

Neben Brückensanierungen, Dauerbaustellen und Niedrigwasserständen droht nun zusätzliche Belastung: Ein weiterer massiver Abbau der industriellen Schienengüterverkehrs-Infrastruktur. All das geschieht in Zeiten, in denen Frachtschiffe nicht mehr voll beladen werden können und an allen Ecken LKW Fahrer*innen fehlen.

Beim Parlamentarischen Abend des DGB NRW am 7. Oktober 2026 im KIT Düsseldorf diskutierten Spitzenvertreter*innen aus Gewerkschaften, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft unter dem Titel „*Schienengüterverkehr retten – für Industrie, Resilienz und Klima*“ über die dringende Notwendigkeit verlässlicher Rahmenbedingungen für den Schienengüterverkehr.

Der Einzelwagenverkehr als Lebensader der Industrie

Im Zentrum der Debatte stand die Zukunft der sogenannten Einzelwagenverkehre (EV). Sie bilden das feinmaschige Verteilersystem des Schienengüterverkehrs, über das viele Industrieunternehmen in NRW direkt an das europäische Schienennetz angebunden sind – unentbehrlich für den Transport von Rohstoffen, Gefahrgütern und Schwertransporten.

Seit der Entscheidung der EU-Kommission im November 2024 darf der Mutterkonzern der Deutschen Bahn die strukturell bedingten Verluste in diesem Segment nicht mehr ausgleichen. Ohne eine ausreichende und passgenaue Förderung durch den Bund droht nun ein dramatischer Rückbau von Güterverkehrsstellen, Instandhaltungsanlagen sowie die Abwicklung von Lokomotiven und Waggons – mit gravierenden Folgen für Tausende Beschäftigte und die gesamte deutsche Wirtschaft. Nordrhein-Westfalen ist dabei als Bundesland der industriellen Schwergewichte mit besonders herausfordernder Verkehrslage am stärksten betroffen.

Eindringliche Warnungen aus Gewerkschaft und Wirtschaft

Thorben Albrecht, Vorsitzender des DGB NRW, machte während der Veranstaltung die Tragweite der aktuellen Entwicklungen deutlich:

„Die Zukunft des Einzelwagenverkehrs (EV) in den Bundesländern und Kommunen hängt an der Förderung durch den Bund. Die Auswirkungen einer zu geringen oder zu ungenauen EV-Förderung sind mannigfaltig. Neben den vielen Tausend Arbeitsplätzen bei der Bahn und in der Industrie, die dadurch vernichtet wären, käme es zu einem massiv großen Schaden in der Industrie. Im schlechtesten Fall verlagern hochspezialisierte Industrieunternehmen den Wirtschaftsstandort Deutschland, da die Transportfähigkeit nicht mehr gegeben ist.“

Auch von Seiten der Betreiber zeichnet sich ein alarmierendes Bild ab. **Bernhard Osburg, Konzernvorstand Güterverkehr bei DB Cargo**, hob auf der Bühne die Dringlichkeit einer kostendeckenden Infrastrukturförderung hervor:

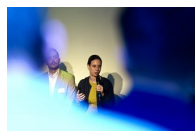
„Die DB Cargo ist quasi alleiniger Anbieter von Einzelwagenverkehren (EV). Es ist zu befürchten, dass die Förderhöhe des EV nicht ausreicht, um das strukturelle Defizit des EV auszugleichen. Die Konsequenz, die Cargo auch aufgrund des aktuellen Beihilfeverfahrens ziehen müsste, wäre die signifikante Verkleinerung des EV-Angebots, da betriebswirtschaftlich der EV nicht flächendeckend betrieben werden kann. Davon wäre die deutsche und europäische Wirtschaft unmittelbar betroffen.“

Breiter Konsens: Der Bund muss entschlossen handeln

In der anschließenden Podiumsdiskussion – unter Beteiligung von Neithard von Böhlen (EVG NRW), Robîn Stêrk (IG Metall), Dr. Sophia Schönborn (IG BCE NRW),

Marcel Warmann (VCI NRW), Dr. Matthias Mainz (IHK NRW) sowie Sebastian Steimel (Head of Logistics Swiss Steel Europe) und Ulrich Schmidt (stv. Gesamtbetriebsratsvorsitzender DB Cargo) – herrschte Einigkeit: Die Transformation zu einer klimaneutralen und krisenfesten Wirtschaft kann nur gelingen, wenn die Schieneninfrastruktur gestärkt und nicht weiter zurückgebaut wird. Eine Verlagerung von Gütertransporten auf die ohnehin überlastete Straße schadet dem Klima und bedroht wertvolle Industriearbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

Der DGB NRW fordert den Bund daher nachdrücklich auf, schnellstmöglich eine auskömmliche, verlässliche und langfristig angelegte Förderung des Einzelwagenverkehrs sicherzustellen, um den Industriestandort NRW zukunftsfähig und resilient aufzustellen.



zurück